



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 35. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/035/2022)**

**am Donnerstag, 10. März 2022,**

**18:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Festsaal,  
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 18:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:45 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender

Dirk Hilbert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Agnes Scharnetzky

Tina Siebeneicher

CDU-Fraktion

Matthias Dietze

Peter Miersch

SPD-Fraktion

Dorothee Marth

FDP-Fraktion

Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

Melanie Hörenz-Pissang

Sven Marschel

Carsten Schöne

Anja Stephan

beratende Mitglieder

Sabine Bibas

Jan Donhauser

Christian Georgi

Sylvia Lemm

Jan Pratzka

Michael Rollberg

Janett Schmeling

Olga Sperling

Stellvertretende Mitglieder

Lucas Ehser

Jan Goldammer

Leo Lentz

Heiko Müller

Vertretung für Herrn Thomas Preißler

Vertretung für Frau Kathleen Fritz

Vertretung für Herrn Tilo Kießling

Vertretung für Herrn Christian Pinkert

**Abwesend:****Fraktion Alternative für Deutschland**

Christian Pinkert

**Fraktion DIE LINKE.**

Tilo Kießling

**stimmberechtigte Mitglieder**

Thomas Preißler

**beratende Mitglieder**

Kathleen Fritz

Oscar Jandura

Sascha König-Apel

Ekaterina Kulakova

Anke Lietzmann

Gunther Reinsch

Juliana Schneider

Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Roland Wirlitsch

Rüdiger Zwickirsch

**Verwaltung:**

Herr Dr. Wetzel

Jugendamt

**Gäste:**

Frau Neumann

MJA Pieschen

Frau Boden

Unternehmen Kultur

Herr Bahr

Gerede e. V.

Herr Pfeil

DNN

Herr Prof. Rößner

Uniklinikum Dresden

Frau Meyer-Doberenz

Bürgerin

Herr Prager

Bürger

**Schriftführer/-in:**

Frau Weber

SG Stadtratsangelegenheiten

# T A G E S O R D N U N G

## öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschrift vom 13. Januar 2022
- 2 Informationen/Fragestunde
- 2.1 Kinder- und Jugendhilfe an der Schnittstelle zur Psychiatrie
- 3 Bedarfsgerechte Öffnungszeiten der Jugendhäuser **A0183/21  
beschließend**
- 4 Rahmen-Kooperationsvereinbarung über die gemeinsame Nutzung der webbasierten Software „Kita-Planer 2“ der Firma netgo GmbH mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen in der Landeshauptstadt Dresden **A0311/22  
1. Lesung  
(beschließendes  
Gremium)**
- 5 Ersatzweise Förderung der queeren Bildungsarbeit in Schulen in der Landeshauptstadt Dresden gemäß dem Landesaktionsplan Vielfalt **A0334/22  
beratend**
- 6 Berichte aus den Unterausschüssen

## nicht öffentlich

- 7 Informationen

**öffentlich**

**Einleitung:**

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste zur 35. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**Herr Stadtrat Dietze** beantragt als Einreicher die Vertagung zum Antrag A0183/21. Zu dem Antrag sei ein sehr langwieriger Beratungsprozess erfolgt. Die freien Träger hätten vor einem Monat angekündigt, dass noch Änderungsbedarf bestehe. Es sei schon etwas unglücklich, dass kurz vor der Sitzung ein Ersetzungsantrag ausgereicht werde. Er bittet darum, dass Ersetzungs- und Änderungsanträge mit einem gewissen Vorlauf ausgereicht werden bzw. dass ein Gespräch mit dem Einreicher gesucht werde.

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** fragt nach, ob der Antrag nur in der heutigen Sitzung vertagt werden solle oder ob auch der Wunsch bestünde, dass der Antrag noch einmal in den Unterausschüssen zurück überwiesen werde.

**Herr Stadtrat Dietze** halte es für sinnvoll, wenn der UA Planung und der UA Förderung den Antrag noch einmal beraten.

**Frau Stadträtin Scharnetzky** beantragt Rederecht für Herrn Bahr zum TOP 5 (A0334/22).

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** bittet zunächst zum Antrag auf Verweisung des Antrages A0183/21 in den UA Planung und UA Förderung und anschließend zum Rederecht zu TOP 5 um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis Verweisung A0183/21:**

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

**Abstimmungsergebnis Rederecht A0334/22:**

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Zur Tagesordnung gibt es seitens der Mitglieder keine weiteren Anmerkungen.

**1 Kontrolle der Niederschrift vom 13. Januar 2022**

Zu der Niederschrift gibt es keine Wortmeldung. Sie wird einstimmig bestätigt.

**2 Informationen/Fragestunde**

**Frau Lemm** berichtet, die Klausur der Jugendhilfeplanung fände am 11. Mai 2022 in der Dreikönigskirche statt. Bis zum 31. März 2022 könnten noch Themen und Fragen zur Klausur eingereicht werden. Des Weiteren soll zur Novellierung des SGB VIII, KJSG, ein Workshop erfolgen.

Anfang April 2022 sollen umfassende Informationen dazu an die Mitglieder versendet werden. Folgende Themen sollen u. a. in den einzelnen Workshops diskutiert werden:

- Familienbildung
- Hilfeplangespräch
- Schutzkonzepte
- Beschwerdemanagement

Zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine hätte sie bereits eine Mail an die Mitglieder versendet. Im Jugendamt sei wieder der bekannte Verwaltungsstab aktiviert worden, damit konzentriert und gebündelt die Fragen gesammelt und beantwortet werden können. Auch im Fachkräfteportal sei eine entsprechende Seite unter dem Namen „Ukraine“ eingerichtet worden. Auf dieser Seite sollen die aktuellen Informationen zeitnah veröffentlicht werden.

Sämtliche Informationen, die **Frau Bibas** bzgl. der Ukraine vom Sächsischen Städte und Gemeindetag (SSG) erhalte, werden umgehend an die freien Träger weitergeleitet. Demnächst soll es auch wieder Tagesbriefe zu diesem Thema geben. Die Frage, wie mit dem Masernschutz umgegangen werde, werde sie in der morgigen Beratung mit dem SSG und dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus u. a. Vertretungen ansprechen. Die Ergebnisse würden dann entsprechend mitgeteilt.

**Frau Stadträtin Siebeneicher** führt aus, es müssen entsprechende Vorbereitungen getroffen werden, da auch Heimkinder aus der Ukraine in Deutschland Schutz suchen würden. Sie fragt, ob dies schon in der Task-Force, die beim Oberbürgermeister angebunden wäre, besprochen worden sei und ob das Jugendamt daran angebunden werde. Des Weiteren stellt sie folgende Fragen:

- Gibt es schon erste Zahlen, wie viele minderjährige Kinder und Jugendliche ohne Begleitung in Deutschland bzw. Dresden eintreffen werden?
- Welche Kapazitäten an Plätzen stehen zur Verfügung?
- Wie reagiert die Jugendhilfe auf die aktuelle Entwicklung?

Bei den Heimkindern sei es wichtig, dass diese zusammenbleiben und möglichst gemeinsam untergebracht werden. Sie könne sich vorstellen, dass Erwachsene jetzt auch überlegen, eine Pflegefamilie zu werden und möchte wissen, wie dies begleitet werde.

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** erklärt, die Task-Force sei bei ihm eingerichtet worden, damit schnell reagiert werden könne. Derzeit sei es noch ruhig, aber es könne mit einem deutlich höheren Zustrom an Geflüchteten, die nach Dresden kommen, gerechnet werden. Es könne von einem längeren Prozess in den vielen Verwaltungsstrukturen ausgegangen werden. Die Stabsstruktur sei in der Überführung in den Verwaltungsstab, um die Aufgaben zu bündeln und fachlich zuzuordnen. Der erste Schwerpunkt sei natürlich die Ankunft, Registrierung und Unterkunft vorzubereiten und zu organisieren.

Die Corona-Pandemie sei noch nicht vorbei und das nächste Thema stehe schon auf der Agenda, so **Frau Lemm**. In der Presse bzw. Fernsehen usw. sehe man überwiegend Frauen und Kinder auf der Flucht. Es könne noch nicht abgesehen werden, wie viele Kinder und Jugendliche ohne Begleitung in Dresden ankommen.

Der Kinder- und Jugendnotdienst hätte derzeit vier Kinder und Jugendliche aus der Ukraine aufgenommen. Momentan stünden im Kinder- und Jugendnotdienst fünf freie Plätze zur Verfügung. Sie hätte einen Schriftsatz des Landesjugendamtes erhalten, wo es darum gehe, dass ein Erlass vom Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) zu erwarten sei, dass z. B. aufgrund der aktuellen Situation Standardabsenkungen zu erwarten seien. Es könne davon ausgegangen werden, dass im Rahmen der geltenden Betriebserlaubnis Kapazitätserhöhungen von bis zu 20 Prozent zulässig seien. Die ersten Ergebnisse dazu werde sie an den genannten Stellen kommunizieren. Im Geschäftsbereich Soziales, Arbeit und Wohnen sei geplant, dass die Migrationssozialarbeit aufgestockt werden soll. Es sollen dann auch koordinierende vernetzende Tätigkeiten in die offene Kinder- und Jugendhilfe vorgenommen werden. Die rechtliche Lage sei so, dass grundsätzlich Heimkinder keine unbegleiteten Kinder und Jugendlichen nach der bekannten Definition wären. Die ukrainischen Betreuungspersonen hätten i. d. R. eine Erziehungsberechtigung und die Heimleitung hätte die Vormundschaft. Sie befände sich zu diesem Komplex noch in Abstimmung mit den entsprechenden Einrichtungen. Herausfordernd sei wahrscheinlich die Größe der Heimverbände, die nach Dresden kommen. Sie hätte schon mehrfach Anfragen bekommen, darin sei die Rede von 100 bzw. 200 Kindern und Jugendlichen. Die Landeshauptstadt Dresden verfüge nicht über größere Schullandheime, aber es werde stadtweit geprüft, welche Möglichkeiten vorliegen. Das Schulungsprogramm für Pflegefamilien sei sehr langwierig und für diese möglichen Unterbringungsbedarfe ungeeignet. Daher sei das Jugendamt gerade dabei, Standards zu beschreiben und es soll ggf. eine Öffentlichkeitskampagne stattfinden bzgl. Gastfamilien.

**Herr Schöne** fragt nach der Personalausstattung des Kinder- und Jugendnotdienstes. Im Dezember 2022 seien z. B. Familienberatungsstellen gänzlich geschlossen worden.

Es müssen Prioritäten gesetzt werden, bemerkt **Frau Lemm**. Die Betreuung im Kinder- und Jugendnotdienst müsse abgesichert sein. Wenn dort Personal zur Absicherung der Betreuung fehle, dann müsse überlegt werden, welcher anderer Bereich verzichtbar sei. Das sozialpädagogische Personal der Beratungsstellen hätte die richtige Qualifikation, um auch im Kinder- und Jugendnotdienst zu arbeiten. Über die freien Träger seien immer noch sechs Beratungsstellen offen gewesen. Eine Personalnachbesetzung dauere leider immer noch sehr lange. Selbst wenn im Auswahlverfahren eine geeignete Person gefunden worden sei, könne es immer noch passieren, dass diese Person kurz vor der Arbeitsaufnahme doch noch absage. Die Arbeit im Kinder- und Jugendnotdienst sei besonders herausfordernd. Auch die Personalausfälle wegen Krankheit müssten ausgeglichen werden.

Es gibt keine weiteren Fragen.

## **2.1 Kinder- und Jugendhilfe an der Schnittstelle zur Psychiatrie**

Die Berichterstattung zur Kinder- und Jugendhilfe an der Schnittstelle zur Psychiatrie erfolgt durch **Herrn Prof. Rößner**.

Die Regeln seien eigentlich klar, wie die Hilfeleitungen erfolgen sollen, so **Frau Stephan**. Es interessiere sie, warum es in der Praxis so verschlungen und schwierig sei. Des Weiteren interessiere sie, wer das Case-Management steuere.

**Herr Prof. Rößner** erläutert, sein Fachgebiet sei fallführend. Dies hätte verschiedene Gründe, beispielweise, dass es an der Klinik eine Schule gebe und auch verschiedene Freizeitangebote. In der Klinik gebe es die unterschiedlichsten Störungsbilder und auch im Kollegium werde diskutiert, welche Störungsbilder überhaupt behandelt werden können. Der Vorteil der Universitätsklinik sei der hohe Wissenstand. In vielen Bereichen hätte man bereits angefangen, was in Sachsen, beispielweise bei einem Nachteilsausgleich einer Lese- und Rechtschreibschwäche, geplant sei. Die Komplexität stelle häufig eine Überforderung der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar. In vielen Bereichen hätte man in den vergangenen Jahren die Komplexität gemindert und komprimiert. Es gebe die Möglichkeit, so auf die Kinder und Jugendlichen einzugehen, dass diese am Ende positiv die Behandlung an der Klinik abschließen können.

Es sei gesagt worden, dass 98 Prozent der Arbeitszeit mit dem Patienten gearbeitet werde, da bleiben lediglich nur zwei Prozent um am Case-Management, Netzwerkarbeit und Schnittstelle zu arbeiten, äußert **Frau Stephan**. Das sei ein offensichtliches Missverhältnis. Sie frage sich, wo der Jugendhilfeausschuss bzw. das Jugendamt da ansetzen könne. Es werde in Dresden auch Einrichtungen für besonders herausfordernde Kinder- und Jugendliche benötigt. Die Lage sei bekannt aber die Frage, was jetzt weiter mit dem Wissen erfolgen solle, sei nicht klar.

**Herr Prof. Rößner** meint, es kommen immer wieder Kinder und Jugendliche deren Verhalten eine Behandlung in der Klinik nicht erforderlich machen. Es wäre hilfreich, wenn beispielweise für das Case-Management mehr Zeit und Personal zur Verfügung stünden. Das Spezialwissen sollte mehr in die Jugendhifeflandschaft integriert werden. Das wäre ein Ansatz, mehr aufeinander zuzugehen.

Das Verhältnis zwischen der Jugendhilfe und der Psychiatrie sei nicht immer von Harmonie geprägt, darauf weist **Herr Schöne** hin. Es müsse ein Weg gefunden werden, dass auf Augenhöhe miteinander kommuniziert werden könne. Das Wissen müsse den Fachkräften in den Bereich der Jugendhilfe und Psychiatrie vermittelt werden. Die unterschiedlichen Arbeitsweisen der Bereiche sollten auch thematisiert werden. Er selbst sei Mitglied in der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Dresden (PSAG), dort gebe es auch eine Unterarbeitsgemeinschaft, die Kinder- und Jugend PSAG. Der Impuls, wie man fachlich zueinander fände, finde dort zu wenig statt. Der Geschäftsbereich Soziales, Arbeit und Wohnen könnte in diese Arbeitsgemeinschaft den Impuls einbringen, dass die fachliche Zusammenarbeit besser laufe.

**Frau Stadträtin Siebeneicher** meint, der Jugendhilfeausschuss beschäftige sich fortlaufend mit der Frage, wie Kinder und Jugendliche begleitet werden können, damit diese eine gute Kindheit und Jugend erleben. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie sei ein Ort, wo akute Hilfe geleistet werde und wo es individuelle Krankheitsbilder gebe. Sie frage aber, ob man nicht davon lernen könne, z. B. welche Krankheitsbilder auf dem Vormarsch seien und wie die Stadt sensibler mit ihren präventiven Angeboten darauf reagieren könne. Die Stadt hätte in den vergangenen Jahren sehr viel in die Angebote investiert, um Kinder und Jugendliche zu erreichen. Es gebe jetzt auch eine spannende Debatte, wie mit der psychischen Belastung von Kindern und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie umzugehen sei. Ihre Frage sei, was könne die Jugendhilfe im präventiven Bereich lernen und an welchem Ort könne man sich dazu austauschen.

Das Problem sei, dass die Erfassung zur physischen Gesundheit viel Zeit in Anspruch nehme, äußert **Herr Prof. Rößner**. Es sei in einem Pilotprojekt ein Fragebogen mit 25 Fragen entwickelt worden, anhand dessen gesehen werden könne, wie ernst der Zustand des Patienten sei. Der



Fragebogen wird von den Praxen an die Eltern ausgeteilt. Die Klinik werte diesen anonym aus und melde das Ergebnis an die Praxen zurück. Mit einem solchen Fragebogen könne deutlich besser agiert werden als derzeit mit den subjektiven Einschätzungen. Die Klinik würde gerne bei der PSAG mitwirken, dies sei aber ein Problem der Finanzierung und des Personals.

Es sollten verschiedene Ansätze, dem Patienten zu helfen, ausprobiert werden, so **Herr Stadtrat Dietze**. Dann sollte aber ein Punkt gefunden werden, wo alle Bemühungen und Ansätze gebündelt und evaluiert werden. Er fragt, wo Herr Prof. Rößner hier Möglichkeiten sehe wie die kommunale Politik Unterstützung gewähren könne.

**Herr Prof. Rößner** erwähnt, dass es den Erwachsenen oft nicht klar sei, dass Kinder für eine bestimmte Entwicklung nur ein sehr begrenztes Zeitfenster hätten. Die Hilfeleistungen müssten deutlich schneller und klarer erfolgen. Die Klinik benötige eine längerfristige personelle Unterstützung, damit die Netzwerkarbeit und Wissensvermittlung langfristig erfolgen könne.

Seitens der Mitglieder wird kein weiterer Diskussionsbedarf angezeigt. **Herr Oberbürgermeister Hilbert** erklärt den Tagesordnungspunkt für beendet.

### 3 Bedarfsgerechte Öffnungszeiten der Jugendhäuser

**A0183/21  
beschließend**

Verweisung und erneute Beratung  
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

### 4 Rahmen-Kooperationsvereinbarung über die gemeinsame Nutzung der webbasierten Software „Kita-Planer 2“ der Firma netgo GmbH mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen in der Landeshauptstadt Dresden

**A0311/22  
1. Lesung  
(beschließendes  
Gremium)**

Die wesentlichen Inhalte des Antrages werden von **Herrn Schöne** eingebracht.

**Frau Bibas** meint, die Zusammenarbeit der freien Träger und der Verwaltung sei beim Projekt „E-Kita 2.0“ sehr gut gelaufen.

**Herr Fiedler** stellt die wesentlichen Inhalte des Projektes „E-Kita 2.0“ vor.

**Herr Stadtrats Dietze** möchte wissen, ob das Programm den Trägern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden können.

**Herr Fiedler** antwortet, das Programm werde den Trägern unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Stadtverwaltung hätte einen großen Nutzen davon, wenn die Träger das Programm verwenden.

**Herr Stadtrat Dietze** interessiert, wie die Nutzungsquote beim E-Kita 1.0 sei.

Die Nutzerquote betrage ca. 80 Prozent, so **Herr Fiedler**.

**Frau Bibas** fügt ergänzend hinzu, dass die Nutzerquote bei über 80 Prozent läge. Das System E-Kita 1.0 leiste nicht das, was sich viele Träger gewünscht hätten. Die Vorbereitung E-Kita 2.0 sei besser gelaufen, daher gehe der EB Kita davon aus, dass mehr Träger das Programm nutzen werden.

Seitens der Mitglieder werden keine weiteren Fragen angezeigt, sodann erklärt **Herr Oberbürgermeister Hilbert** die 1. Lesung für beendet.

<b>5</b>	<b>Ersatzweise Förderung der queeren Bildungsarbeit in Schulen in der Landeshauptstadt Dresden gemäß dem Landesaktionsplan Vielfalt</b>	<b>A0334/22 beratend</b>
----------	---	------------------------------

Der Antrag wird von **Frau Stadträtin Scharnetzky** eingebracht und erläutert.

Der Verein sei eine wichtige Adresse für Schulen, äußert **Herr Stadtrat Dietze**. Er fragt, welche Gründe zu einer Ablehnung der Förderung geführt hätten.

**Mitglied des Stadtrates Leo Lentz** meint, ein wichtiger Punkt des Antrages sei, dass ein nicht mehr gefördertes Projekt sich nur sehr schwer wiederaufbauen lasse. Deswegen sei es wichtig, dass dem Verein die Möglichkeit gegeben werde, die Arbeit fortzuführen und damit in der kommenden Förderperiode ein erneuter Förderantrag gestellt werden könne. Bei der Richtlinie, über die das Projekt gefördert worden sei, gingen sehr viele Förderanträge ein. Eine Ablehnung hätte nicht unbedingt etwas mit dem Projekt oder der Beantragung zu tun, sondern, dass es einfach zu viele Projekte gebe, die über die Richtlinie Geld beantragen. Der Antrag sei unterstützenswert, es handle sich um einen wichtigen Verein und auch das Projekt sei sehr wichtig. Er möchte von Herrn Bahr wissen, was benötigt werde, um ein weiteres Jahr hier in Dresden die Arbeit fortzuführen. Des Weiteren interessiere ihn, wie hoch die Bedarfe in Dresden und in den weiteren Zuständigkeitsbereichen wären.

Die Summe, die gefördert werden müsste, meint **Frau Stadträtin Scharnetzky**, betrage 44.550 Euro. Die Ablehnung des Förderantrages sei aufgrund einer Überzeichnung des Förderpotentials erfolgt. Es gebe keine inhaltlichen Gründe und es sei ein großes Problem, wenn die Leistung weg falle.

**Herr Bahr** führt aus, das Projekt werde seit 16 Jahren erfolgreich in Dresden und Ostsachsen umgesetzt. Er plädiert dafür, dass das Projekt mit einer kurzfristigen Finanzierung bis Ende 2022 für Dresden noch weitergeführt werde. Die Strukturen und Fachkräfte könnten dann erhalten bleiben.

Das Ansinnen des Antrages unterstütze **Herr Schöne**. Sorge bereite ihm die Finanzierung, wenn das Budget der Gleichstellungsbeauftragten nicht zur Verfügung stehe. Er möchte wissen, welcher Etat dann geeignet zur Finanzierung sei. Das Schulsystem nutze viele solcher Angebote, beteilige sich aber nicht an der Finanzierung, dieser Faktor sollte perspektivisch geklärt werden.

Die Frage der Finanzierung könne im Ausschuss für Finanzen geklärt werden, hebt **Herr Oberbürgermeister Hilbert** hervor. Ihn störe auch, dass die Finanzierung nicht klar im Antrag abgebildet sei.

**Frau Marth** möchte wissen, ob auch bei den Landkreisen im ostsächsischen Raum um die Fortführung des Projektes geworben worden sei.

**Herr Bahr** erläutert, mit den einzelnen Landkreisen sei man nicht in Kontakt gewesen. Es fände aber ein enger Austausch mit den zuständigen Ministerien statt. Es sei versucht worden, noch weitere Fördermöglichkeiten aufzutun, ggf. gebe es ab November/Dezember 2022 eine Stiftung, die einspringen könnte.

In den letzten Jahren hätte der Verein durchschnittlich 80 bis 90 Projekte pro Jahr an Schulen durchgeführt. Ca. die Hälfte der Projekte hätten in Dresden stattgefunden. Zusätzlich seien noch ca. 25 Projekte für Lehrkräfte in Dresden und Ostsachsen erfolgt.

Seitens der Mitglieder wird kein weiterer Diskussionsbedarf angezeigt. **Herr Oberbürgermeister Hilbert** bittet um Abstimmung zum geänderten Antrag durch die einreichende Fraktion. Der Ausschuss ist beratend tätig.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat bekennt sich zur Umsetzung des Landesaktionsplan Vielfalt in der Landeshauptstadt Dresden und zu Offenheit und Toleranz gegenüber Vielfalt und einem selbstbestimmten Leben.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt:
  - a. In folgerichtiger Konsequenz des Beschluss A0169/21 über das Büro der Gleichstellungsbeauftragten oder einen anderen geeigneten Etat dem Gerede e.V. Dresden einmalig eine ~~auskömmliche~~ Finanzierung **in Höhe von 44.550 Euro** für 2022 mittels Förderung für die Angebote des queeren Bildungsprojektes in der Landeshauptstadt Dresden zu gewähren. ~~Die genaue erforderliche Fördersumme für das laufende Jahr ist in Zusammenarbeit mit dem Gerede e.V. zu ermitteln;~~
  - b. beim Freistaat Sachsen darauf hinzuwirken, dass der Landesaktionsplan Vielfalt durch eine institutionelle Förderung mittel- und langfristig ohne Ausfall von Fördermitteln umgesetzt werden kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 6

## **6 Berichte aus den Unterausschüssen**

**Herr Schöne** berichtet aus der Sitzung am 28. Februar 2022 des UA Kita. Der Antrag A0320/22 werde erneut in er Sitzung am 21. März 2022 behandelt. Des Weiteren sei eine Berichterstattung zur perspektivische Entwicklung in der Kindertagespflege der Landeshauptstadt Dresden erfolgt. Zu den anstehenden Veränderungen soll noch einmal eine Information an alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses erfolgen.

Der UA HzE werde am 14. März 2022 in einer digitalen Sitzung zusammenkommen, informiert **Frau Stephan**. Es erfolge eine Expertenanhörung zu dem Thema „Neufassung der Rahmenregelung für Vereinbarungen von Fachleistungsstunden“. Am 21. März 2022 um 9:00 Uhr im Jugendamt beschäftige sich der UA HzE u. a. mit dem Antrag A0320/22.

**Frau Dahl** gibt bekannt, der UA Fö hätte sich am heutigen Tag mit dem Antrag A0320/22 beschäftigt. In der nächsten Sitzung soll der Antrag A0183/21 diskutiert werden. Zum Thema Bau und Etat Weiterentwicklung der Jugendarbeit müsse noch ein Termin für eine Sitzung Ende April 2022 gefunden werden.

Es gibt keine weiteren Berichte.

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** bedankt sich für die Aufmerksamkeit und erklärt die Sitzung für beendet.

Dirk Hilbert  
Vorsitzender

Monika Weber  
Schriftführerin

Matthias Dietze  
Stadtrat

Agnes Scharnetzky  
Stadträtin